

Viel Potenzial vorhanden

Gebäudeaufstockung in Hamburg

Hamburg braucht dringend neue Wohnungen. 10.000 Einheiten pro Jahr sind das Ziel. Doch wo sollen die entstehen? Eine Masterarbeit an der HafenCity Universität hat jetzt untersucht, welches Potenzial mögliche Gebäudeaufstockungen bieten.

Der Autor untersuchte anhand des Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystems (ALKIS) und weiterer digitaler Quellen, bei wie vielen Gebäuden – mit Ausnahme von Einfamilienhäusern – Aufstockungen theoretisch möglich wären. Berücksichtigt wurden die zulässigen Abstandsflächen und eine Maximalhöhe nach Aufstockung von 22 Metern (zur Sicherstellung der Rettungswege für die Feuerwehr). Nicht einbezogen wurden Einschränkungen durch weitere Rahmenbedingungen wie die jeweiligen Bebauungspläne – ebenso wenig wie die Frage, ob die baulichen Gegebenheiten tatsächlich eine

Aufstockung problemlos zulassen. Auf dieser Basis ließ sich bei durchgehend eingeschossiger Erhöhung ein Potenzial von insgesamt etwa 75.000 zusätzlichen Wohnungen für ganz Hamburg ermitteln. Wird unter den gegebenen Beschränkungen der Bereich des maximal möglichen komplett ausgeschöpft, ergibt sich rechnerisch gar die Zahl von bis zu 225.000 Wohnungen, die so neu entstehen könnten.

Natürlich wird sich eine so große Zahl an neuen Wohneinheiten – aufgrund der genannten Einschränkungen, die bewusst nicht berücksichtigt wurden – auf keinen Fall realisieren lassen. Dennoch



Eimsbüttel

lenkt die Studie mit ihren Ergebnissen die Blicke auf ein Potenzial für möglichen neuen Wohnraum, das gegenwärtig in der Diskussion noch zu wenig Beachtung findet.

Autor der Masterarbeit: Oliver Dalladas. Eine Kurzfassung und nach Bezirken geordnetes Kartenmaterial steht im Internet unter www.geomatik-hamburg.de/g2lab/hcu_geb-aufstockung.html zur Verfügung.

Familienzusammenführung

PrivatBau hilft

Die Eltern mit Baby im Libanon, zwei Söhne in Hamburg, so erging es einer syrischen Familie. Mit Glück dem Krieg entkommen, aber auseinandergerissen. Mit Hilfe der PrivatBau GmbH, eines Dienstleistungsunternehmens des Grundeigentümerverbandes Hamburg, gelang die Familienzusammenführung.

Doch die gestaltete sich schwierig. Viele Kriegsflüchtlinge aus Syrien erhalten inzwischen in Deutschland keinen Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention, sondern lediglich einen sogenannten subsidiären Schutz. Ein wesentlicher Unterschied ist, dass für die Betroffenen der Familiennachzug erschwert ist. So war es auch in diesem Fall. Zwar erhielten die Eltern ein Einreisevisum für Deutschland, da einer der in Hamburg gestrandeten Söhne noch minderjährig war. Ein Visum für die acht Monate alte Tochter gab es gemäß der geltenden Gesetzeslage jedoch nicht, da sie für die Versorgung des minderjährigen Sohnes als entbehrlich galt. Das Baby allein zurück-

zulassen kam für die Eltern selbstverständlich nicht in Frage. Andererseits erhielten die beiden Söhne aber auch keine Visa für Jordanien, da sie einen gesicherten Status in Deutschland hatten. Als einzige Möglichkeit für die Familienzusammenführung blieb die Beantragung eines Visums für die Tochter mit einer sogenannten Verpflichtungserklärung. Hier bürgt vereinfacht dargestellt ein Deutscher dafür, dass dem Staat durch die begünstigte Person keine Kosten wie etwa für Sozialhilfe entstehen. Die Vereine Herberge für Menschen auf der Flucht e.V. und Flüchtlingspaten Syrien e.V. nahmen sich der Sache an und es gelang ihnen tatsächlich, einen Bürgen für eine solche

Verpflichtungserklärung zu finden – die Vereine versuchen dabei, das Kostenrisiko auf mehrere Schultern zu verteilen, beziehungsweise über Spenden und Patenschaften abzusichern.

Ein erneuter Visumsantrag für die Kleine wurde dennoch abgelehnt, mit der Begründung, dass zwar die Kosten – wie etwa Miete – jetzt abgesichert seien, aber faktisch kein Wohnraum für die Familie nachgewiesen werden könne.

Inzwischen drängte die Zeit, da das bereits erteilte Visum der Eltern abzulaufen drohte. Der IVD wurde um Unterstützung gebeten und so gelangte das dringende Wohnungsgesuch schließlich auch an die PrivatBau GmbH. Hier entschloss man sich rasch und unbürokratisch zu helfen. Eine geeignete Wohnung in Langenhorn stand gerade zur Vermietung an. Innerhalb von zwei Tagen wurden alle Formalitäten erledigt und der Mietvertrag unter Einbeziehung der Flüchtlingspaten Syrien e.V. konnte abgeschlossen werden.

Vier Wochen später wurde die Wohnung an Vertreter des Vereins übergeben und seit Mitte Juni hat die syrische Familie hier nach langer Zeit der Trennung und Ungewissheit durch die vielfältige Unterstützung glücklich wieder zusammengefunden.